

Thema des Tages

Die Stunde der Nachbarn

Wenn Saudi-Arabien und Iran es wollten, könnten sie in Syrien einen Waffenstillstand und einen Neuanfang erreichen. Von Volker Perthes

Im April wurden in Syrien, wo seit drei Jahren ein blutiger Bürgerkrieg tobt, erneut chemische Waffen eingesetzt. Größere internationale Reaktionen gab es nicht. Das lag nicht nur an der Ukraine-Krise, die die internationale Aufmerksamkeit weiter von Syrien weggelenkt hat. Auch ohne diesen Konflikt hat der syrische Krieg zuletzt nur noch Ratlosigkeit produziert. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist blockiert. Und auch der Genfer Verhandlungsprozess zwischen Regime und Opposition steckt in einer Sackgasse. Jede Intervention von außen könnte ungeplante und ungewollte Folgen zeitigen. Ohne Initiativen von außen wird es aber keine politische Lösung des Konflikts geben.

Der Handlungsdruck steigt. Man schätzt, dass inzwischen neun von insgesamt 22 Millionen Syrern und Syrerinnen zu Flüchtlingen geworden sind – zweieinhalb Millionen in den Nachbarstaaten, etwa 6,5 Millionen in Syrien selbst. Den humanitären Organisationen fehlen die Mittel, um die ständig wachsende Zahl der Flüchtlinge zu versorgen.

Regimetruppen haben zuletzt etwa die Klosterstadt Maalula wiedererobert, Rebellen den Küstenort Kassab. Solch militärische Erfolge werden groß herausgestellt, versprechen aber keine Kriegsentscheidung: Das Regime hat mit Hilfe der libanesischen Hisbollah das Territorium entlang der strategischen Achse konsolidieren können, die die Hauptstadt mit der Küstenregion verbindet. Es kann mit seiner Luftwaffe Gebiete terrorisieren, die von der Opposition gehalten werden, und dort die zivile Infrastruktur zerstören. Aber weite Teile des Landes vor allem im Osten und Norden stehen nicht mehr unter Kontrolle des Regimes. Allerdings ist es den Oppositionskräften auch nicht gelungen, in diesen Gebieten so etwas wie eine Gegenregierung aufzubauen. Die Opposition ist fragmentiert. Teile der „befreiten“ Gebiete leiden unter dem Terror dschihadistischer Gruppen, nicht zuletzt der Banden des sogenannten Islamischen Staates in Irak und Syrien. Diese werden mittlerweile von anderen Rebellengruppen, nicht aber vom Regime bekämpft.

Ganz allmählich setzt sich bei den regionalen Unterstützern der Konfliktparteien – also in Saudi-Arabien, Iran, der Türkei und in Katar – die Einsicht durch, dass keine der Konfliktparteien militärisch siegen und Syrien als Staat erhalten können wird. Man sieht auch, dass eine politische Lösung auf einer Form der Machtteilung basieren müsste. Allerdings, da sind sich syrische und internationale Beobachter ziemlich einig, sind die syrischen Konfliktparteien selbst nicht in der Lage, den Konflikt beizulegen. Das Regime will von Machtteilung nichts wissen. Wie um dies zu demonstrieren, hat es die Delegierten der Opposition zur Genfer Syrien-Konferenz zu Terroristen erklärt und ihr Eigentum konfisziert.

Die Opposition bekennt sich zwar zum Prinzip einer verhandelten Transition. Der Gedanke, übergangsweise Regierungspositionen einzunehmen, während Präsident Baschar al-Assad noch im Präsidentenpalast residiert, fällt ihr naturgemäß aber schwer.

Deshalb würde derzeit auch eine weitere, von den Vereinten Nationen moderierte Genfer Konferenz, die auf direkte Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition setzt, keine Fortschritte bringen. Sinnvoll wäre eine Art Friedensprozess von unten, der glaubwürdige gesellschaftliche Vertreter aus allen Landesteilen zusammenbringt, um über die zukünftigen Grundlagen eines gemeinsamen Staates zu sprechen. Entsprechende Initiativen sind bislang jedoch von Seiten des Regimes hintertrieben worden.

Der syrische Krieg findet lokal statt, er hat aber auch eine regionale und eine internationale Dimension. Angesichts der Blockaden lokaler und internationaler Prozesse könnte heute allenfalls eine regionale Initiative neue, positive Dynamiken erzeugen. Die regionalen Staaten haben insgesamt stärkere Interessen in und an der Entwicklung in Syrien als alle internationalen Mächte. Sie sind von den Auswirkungen eines Staatszerfalls in Syrien auch stärker betroffen als Russland oder die USA, die den Konflikt im Zweifelsfall vor sich hin brennen lassen können, ohne direkte Folgen zu spüren. Vor allem die regionalen Antagonisten, Saudi-Arabien und Iran, haben erheblichen Einfluss auf die lokalen Konfliktparteien. Ohne die Unterstützung Irans wäre das Regime, ohne die Saudi-Arabiens wären die Rebellen deutlich schwächer. Wenn Teheran und Riad es wollten, könnten beide Seiten dazu gedrängt werden, ein Machtteilungsarrangement zu akzeptieren, das zunächst einen Waffenstillstand ermöglichen würde, auf den dann ein verfassungsbildender Prozess und international überwachte Wahlen folgen würden. Dies würde allerdings voraussetzen, dass sich die beiden regionalen Führungsmächte verständigen.

Tatsächlich gibt es sowohl in Riad wie in Teheran Bewegung: In Saudi-Arabien ist jüngst Geheimdienstchef Prinz Bandar Bin Sultan entlassen worden, die Zuständigkeit für das Syrien-Dossier liegt heute beim pragmatischeren Innenminister. Dieser sieht in radikalislamistischen Gruppen in Syrien keine Verbündeten, sondern eine Gefahr für das Königreich selbst.

Iran hat ein wesentliches politisches Ziel bereits erreicht: Es hat Präsident Assad länger an der Macht gehalten, als ausländische und auch iranische Beobachter erwartet hatten. Teheran hat damit seinen regionalen Einfluss demonstriert und möchte forthin als konstruktiver Mitspieler akzeptiert werden. Man weiß gleichzeitig, dass Assad nicht Teil der Lösung sein kann, wenn es darum geht, das Land zu einen und wiederaufzubauen. Iranische Regierungsvertreter deuten das an, wenn sie etwa erklären, dass man nicht versuche, „Assad als Präsident auf Lebenszeit“ zu erhalten. Wichtiger noch ist ein Begriff, der neuerdings im iranischen Diskurs auftaucht: Man wisse wohl, heißt es, dass es letztlich in Syrien eine

„Regierung der Mehrheit“ mit ausreichenden Garantien für die Minderheiten geben müsse. Auch das drückt aus, dass Assad, der zur konfessionellen Minderheit der Alawiten gehört, letztlich weichen müssen.

Für eine Verständigung oder gar ein gemeinsames Vorgehen zwischen Riad und Teheran fehlt derzeit aus unterschiedlichen Gründen das Vertrauen. Hier könnte europäische Diplomatie eine Rolle spielen: Es ginge dabei nicht darum zu behaupten, dass man selbst den Konflikt lösen könnte, wohl aber einen Dialog zwischen einflussreichen Personen aus den beiden Regionalmächten auf den Weg zu bringen. Vieles spricht dafür, dass die Akteure in Teheran und Riad eine solche Hilfestellung sogar akzeptieren würden.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Freitag, den 25. April 2014, Seite 2